

Wo Sinti und Roma erbärmlich leben

vom 16. November 2012

Der Schutz von Sinti und Roma ist jetzt in der Landesverfassung verankert. Doch nicht-deutsche Angehörige der Volksgruppe fristen ihr Dasein am äußersten Rand der Gesellschaft.

KIEL | Schleswig-Holstein ist um eine anerkannte Minderheit reicher. Der Landtag hat am Mittwoch den Schutz der 5000 im Norden beheimateten Sinti und Roma in der Verfassung verankert - einstimmig. In Artikel 5 heißt es künftig: "Die nationale dänische Minderheit, die Minderheit der deutschen Sinti und Roma und die friesische Volksgruppe haben Anspruch auf Schutz und Förderung." Landtagspräsident Klaus Schlie (CDU) sprach von einem "Tag von historischer Bedeutung und Symbolkraft".

Von so viel Zuspruch und öffentlicher Anerkennung können nicht-deutsche Mitglieder dieser ethnisch-kulturellen Minderheit nur träumen. Zum Beispiel die rund 600 türkisch-sprechenden Roma aus dem EU-Land Bulgarien, die als Touristen nach Kiel gekommen sind und hier seit Monaten im Verborgenen vegetieren. Sie leben meist in erbärmlichen Wohnungen, die von profitgierigen Hausbesitzern im Kirchenweg vermietet werden. Der liegt im Problemstadtteil Gaarden. Bis zu 20 Personen teilen sich ein Zimmer - nicht selten mit Kakerlaken. Fünf defekte Klingelknöpfe für fünf Wohnungen - aber 38 Briefkästen. Alufolie statt Gardinen. Geschlafen wird in Schichten, weshalb nachts Kinder auf der Straße spielen. Der Hof voller Müll. "Ganz schlimme Verhältnisse, Wasser kommt durch die Wand", berichtet Ersan Yiyin, der früher in einem der feuchten Häusern gewohnt hat.

Keine Sozialleistungen bis auf Kindergeld

Bis auf Kindergeld dürfen die zugereisten Roma keine Sozialleistungen in Anspruch nehmen - sonst werden sie ausgewiesen. "Die Menschen arbeiten hier im Schattenbereich - dazu gehört wohl auch Prostitution, um sich zu ernähren", fürchtet Sozialamtsleiter Alfred Bornhalm. Andere sprechen von einer Grauzone, in der es zur Kriminalität nicht weit ist.

Spricht man Matthäus Weiß, Landeschef der Roma und Sinti, auf das Elend dieser Menschen an, die mit Touristenvisa ganz legal aus EU-Ländern eingereist sind, wird der schwächliche Mann sehr nachdenklich: Er freue sich, dass der Landtag nach langem Hickhack seine Volksgruppe als Minderheit anerkannt hat, sagt er. Und fügt dann ganz leise hinzu: "Wenn man das Thema der anderen Roma hier im Landtag zur Sprache bringen würde, müssten viele Abgeordnete ganz betroffen raus gehen."

Landtagsbeschluss als Signal

Dabei seinen nicht nur die aus EU-Ländern wie Rumänien und Bulgarien kommenden Roma schlecht dran. Genauso hart sei das Schicksal der illegal aus den nicht EU-Ländern wie Serbien oder Bosnien eingereisten Roma oder der Asylbewerber aus diesen Ländern - ebenfalls zu über 80 Prozent Roma. "Man kann nicht einen Container

aufstellen und die Menschen da rein schmeißen wie die Schweine", so Weiß. Trotzdem: Der Landtagsbeschluss sei ein Signal. "Unser Verband ist jetzt so gestärkt, dass wir auch dieses Problem angehen." Das Schicksal nichtdeutscher Roma in Schleswig-Holstein dürfe nicht länger unter der Decke gehalten werden.

Bei Sozialamtsleiter Bornhalm stößt er auf offene Ohren. "Wir sind ein sozialer Rechtsstaat, was sich im Kirchenweg abspielt, ist damit schwer vereinbar." Dabei habe man durchaus ein niederschwelliges Netzwerk geknüpft, um den Roma ohne deutsche Staatsangehörigkeit zu helfen. Ärzte behandeln kostenlos, zusammen mit dem Sozialladen Obulus wird ein "Winterfest" gefeiert, um die Roma-Kinder winter-fest zu machen. Sprich: Es gibt Hosen, Anoraks und warme Schuhe. Eine Stiftung zahlt Impfstoff, der Kämmerer stillschweigend Notfallaufenthalte im Krankenhaus.

"Das Problem wird kommunalisiert"

Doch die Stadt befindet sich in einer Zwickmühle: "Größer dürfen wir nicht in die Leistung gehen", erklärt Bornhalm. Wenn seine Behörde den Roma, die in ihrer Heimat diskriminiert werden und in unvorstellbar armen Verhältnissen leben, mehr humanitäre Hilfe gewähre, riskiere Kiel "den Fluch der guten Tat". Will heißen: Der Zuzug würde explodieren. "Dortmund hat 10.000 Roma-Touristen, Berlin noch mehr". Bornhalms Kritik: "Das Problem wird kommunalisiert. Land und Bund schauen weg und reichen alles nach unten weiter."

Exakt diesen Vorwurf macht auch Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrates der Roma und Sinti in Deutschland, der Bundesregierung. Die dränge nicht energisch genug darauf, dass die Probleme in den Herkunftsländern der Roma-Flüchtlinge gelöst werden. "Die Menschen werden stigmatisiert, aus ihren Dörfern vertrieben und in Armutsghettos ohne Strom, Wasser und Abwasser abgeschoben - und das in EU-Ländern!" Die Merkel-Regierung müsse endlich dafür sorgen "dass die Menschenrechte in Bulgarien und Rumänien umgesetzt werden", so Rose. Auch Staaten, die der Gemeinschaft beitreten wollten wie Bosnien oder Serbien müssten die Würde der Menschen achten.

Nicht gut zu sprechen ist Rose auf Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU), der kürzlich Romas des Asylmissbrauchs und des Erschleichens von Sozialleistungen bezichtigte - "und das ausgerechnet am Tag nachdem in Berlin feierlich ein Denkmal für die von den Nazis ermordeten Roma und Sinti enthüllt wurde", ereifert sich Rose. Sein Kollege Matthäus Weiß hatte das vor Wochenfrist als "eine einzige Farce" eingestuft.

Autor: Margret Kiosz